

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Migration

Hannover, den 02.06.2016

Personelle Ausstattung in den Pflegeheimen verbessern

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/5086

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

EntschlieÙung

Personelle Ausstattung in den Pflegeheimen verbessern

Pflege muss sich an der Menschenwürde und der Selbstbestimmung der Betroffenen orientieren. Eine gute und sichere Pflege ist ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Bereits heute bestehen erhebliche Engpässe, ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflege zu gewinnen.

Der Landespflegebericht bestätigt den im Rahmen des demografischen Wandels stark steigenden Bedarf an qualifizierter Pflege. Dieser Bedarf kann nur mit professionellen, engagierten und angemessen entlohnten Beschäftigten gedeckt werden.

Aufgrund der nach wie vor niedrigen Pflegesätze, die die Selbstverwaltungspartner von Einrichtungen und Kostenträgern aushandeln, ist das Land Niedersachsen im Vergleich der alten Bundesländer seit vielen Jahren Schlusslicht in der durchschnittlichen personellen Ausstattung der Pflegeheime. Das Land Niedersachsen kann auf diese Verhandlungen jedoch keinen Einfluss nehmen.

Eine hohe Arbeitsbelastung für die Pflegekräfte und weniger Zeit für bewohnerindividuelle Pflege sind die Folgen der unzureichenden Personalausstattung.

Der Landtag begrüÙt

- die Tatsache, dass die jetzige Landesregierung sich gegenüber den Kostenträgern (Pflegekassen, Kommunen) und den Leistungsanbietern seit Regierungsübernahme für eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels einsetzt.
- die gelungene erste gemeinsame Erklärung zur Steigerung des Einkommens sowie der Attraktivität des Berufsbildes der Pflegekräfte zwischen der AOK Niedersachsen und der Landesvertretung Niedersachsen des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) sowie der Landesregierung. Der Landtag erwartet, dass diese Ankündigungen bei den Rahmenvertragsverhandlungen mit umgesetzt werden.

- den Einsatz der Landesregierung für eine Realisierung des Tarifvertrages Soziales in der Altenpflege und fordert die Tarifvertragsparteien erneut auf, diesen umzusetzen, um eine flächendeckende tarifliche Bezahlung in der Pflege zu erreichen und damit auch dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Holger Ansmann
Vorsitzender